

[02.12.2010]

Staatsanwaltschaft Eupen beschuldigt »einige Personen« des Betruges und der Urkundenfälschung

## Strafgericht wird sich mit der »Akte Espeler« befassen

Von Christian Schmitz

Espeler

**Der mutmaßliche fiktive Wohnsitzwechsel in Espeler wird im kommenden Jahr das Strafgericht beschäftigen. Dies bestätigte Rolf Lennertz, der Prokurator des Königs am Gericht Erster Instanz in Eupen, auf Anfrage gegenüber dem Grenz-Echo.**

»Die Ermittlungen in dieser Sache sind abgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft ist der Auffassung, dass sich einige Personen des Betrugs und der Urkundenfälschung schuldig gemacht haben«, erklärte Lennertz. Der genaue Zeitpunkt

für ein Verfahren vor dem Strafgericht stehe noch nicht fest, jedoch soll der Prozess in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres stattfinden. Die Staatsanwaltschaft werde keine Namen bekannt geben, jedoch richteten sich die Vorwürfe gegen eine »Reihe von Leuten, die daran beteiligt waren«.

Rückblick: Die Saga um den mutmaßlichen Wohnsitzwechsel geht zurück auf den September 2008: Damals - gleich zu Beginn des neuen Schuljahres - drohte der Dorfschule Espeler die Schließung, weil kurzfristig und völlig überraschend ein Kind aus der Primarschule abgemeldet worden war. Die Konsequenzen wären schwerwiegender Natur gewesen, denn durch die Abmeldung erfüllte die Grundschule nicht mehr die in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gültige Mindestnorm von zwölf Schülern.

**»Die Staatsanwaltschaft ist der Auffassung, dass sich einige Personen des Betrugs und der Urkundenfälschung schuldig gemacht haben.«**

Rolf Lennertz, Prokurator

Bereits im Jahr davor war der Gemeinde Burg-Reuland seitens des Ministeriums der DG ein so genanntes »Gnadenjahr« zur Aufrechterhaltung der Dorfschule in Espeler gewährt worden, weil bereits seinerzeit nur elf Kinder den Primarschulunterricht besuchten. Für das Schuljahr 2008-2009 ging man dann von zwölf Kindern aus und hätte damit die Normen erfüllt, bis die bereits erwähnte Abmeldung des Kindes öffentlich wurde. Doch zu einer Schließung der Schule kam es nicht, denn



Zwei Jahre nach der Aufnahme sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Eupen wegen eines mutmaßlichen fiktiven Wohnsitzwechsels in Espeler abgeschlossen. Voraussichtlich in der zweiten Hälfte des kommenden Jahres wird die Angelegenheit das Strafgericht beschäftigen. Hintergrund ist die Aufrechterhaltungsnorm von zwölf Schülern an der Primarschule in Espeler (Foto).

 Größeres Bild

rechtzeitig zum Stichtag am 30. September konnte durch einen vollzogenen Wohnsitzwechsel ein Kind »gefunden«, die erforderliche Norm erfüllt und damit das Problem aus der Welt geschafft werden.

## **Hinweise**

Einen Monat später teilte Unterrichtsminister Oliver Paasch (ProDG) mit, dass er Hinweise aus der Bevölkerung erhalten hatte, wonach es in Espeler zu einem fiktiven Wohnsitzwechsel mit betrügerischer Absicht gekommen sein könnte, um den Fortbestand der Schule zu sichern.

Nach den Angaben des Reuländer Schulschöffen Karl-Heinz Cornely stammte das kurzfristig »gefundene« Kind aus einer Familie, die vom benachbarten Deiffelt (Provinz Luxemburg) ins 500 Meter entfernte Espeler umgezogen war. Man habe sich schriftlich versichern lassen, dass der Wohnortwechsel nicht nur für zwei oder drei Tage vollzogen wurde, sondern dauerhaft, so Cornely. So seien auch sämtliche offiziellen Dokumente abgeändert worden. Der Schulschöffe unterstrich seinerzeit auch, dass in keiner Weise Einfluss auf die Familie ausgeübt worden sei.

Unterrichtsminister Paasch gab schließlich im PDG bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Eupen am 30. Oktober 2008 ein Ermittlungsverfahren bezüglich der »Akte Espeler« eingeleitet habe. Denn der plötzliche Bevölkerungszuwachs in Espeler sei nur von äußerst kurzer Dauer gewesen. Bereits wenige Wochen nach dem Stichtag vom 30. September - am 4. November 2008 - sei besagter Wohnsitzwechsel wieder rückgängig gemacht worden. »Wäre nicht der 30. September, sondern der 4. November der Stichtag für die Aufrechterhaltungsnorm, müsste die Schule in Espeler geschlossen werden«, so Paasch im Parlament.

## **»Mit rechten Dingen«**

Vorher hatte sich das Gemeindegremium in einer öffentlichen Sitzung des Gemeinderates von Burg-Reuland am 13. November - nachdem also erwähnter Wohnsitzwechsel bereits wieder rückgängig gemacht worden war - gegen Vorwürfe gewehrt. Karl-Heinz Cornely sprach von einem »starken Stück, dass in der Presse von Betrug die Rede war«. Aus Sicht der Gemeinde sei alles mit rechten Dingen zugegangen.